

II-543 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 294 /J

1983 -11- 14

A n f r a g e

der Abgeordneten Pischl, Dr. Leitner, Dr. Keimel, Huber,
und Genossen Dr. Khol, Dr. Ermacora, Westreicher, Keller
an den Bundesminister für Soziale Verwaltung
betreffend Einstellung des bestehenden Beratungs- und Servicedienstes
der Arbeitsämter in Tirol.

Sozialistische Landtagsabgeordnete haben im Tiroler Landtag
folgenden Antrag eingebracht:

"Die Landesregierung wird aufgefordert, alles zu unternehmen,
damit die derzeit bestehenden Beratungs- und Servicedienste
der Arbeitsämter in Tirol im bisherigen Umfang aufrecht erhalten
bleiben."

In der Begründung heißt es:

Es ist beabsichtigt, die derzeit bestehenden Beratungs- und
Servicedienste der Arbeitsämter in verschiedenen Gemeinden
Tirols einzustellen. Das würde bedeuten, daß die zu be-
treuenden Arbeitslosen künftighin in das jeweilige Arbeits-
amt gehen müßten. Neben dem Verlust von mehr Ortsnähe, welche
die Gemeinden bieten, hat diese Maßnahme weiters zur Folge,
daß die betroffenen Gemeinden mehr als bisher mit administrativen
Arbeiten belastet werden. Eine derartige Mehrbelastung ist
aber für viele Gemeinden nur sehr schwierig zu bewältigen. Da
sich die bisher durchgeführten Beratungs- und Servicedienste
der Arbeitsämter in den verschiedenen Gemeinden Tirols bestens
bewährt haben, ist nicht einzusehen, warum diese gerade jetzt,
also in Zeiten der Wirtschaftskrise, eingestellt werden sollten.

-2-

Die unterfertigten Abgeordneten sind der Auffassung, daß der Antrag an die falsche Adresse gerichtet ist und stellen daher an den zuständigen Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

- 1) Beabsichtigen Sie den derzeit bestehenden Beratungs- und Servicedienst der Arbeitsämter in verschiedenen Gemeinden Tirols einzustellen?
- 2) Wenn ja, warum gerade in einer Zeit, wo die Arbeitslosenzahlen steigen und deshalb eine individuelle Betreuung in möglicher Ortsnähe immer notwendiger wird?
- 3) Wenn ja, wie stellen Sie sich die Betreuung der Arbeitslosen als "Massenabfertigung" in den jeweiligen Arbeitsämtern vor?
- 4) Ist Ihnen bewußt, daß durch eine Auflassung des bestehenden Beratungs- und Servicedienstes die betroffenen Gemeinden mehr wie bisher mit administrativen Arbeiten belastet werden?